

Wahlkompass Braunschweig

Umweltpolitik

Bundestagswahl 2017



GREENPEACE

Bundestagswahl 2017: Klar machen zur Wende!

In Zeiten von Klimawandel, zurückgehender Artenvielfalt und schwindelerregendem Ressourcenverbrauch steht Deutschland vor großen Herausforderungen – und trägt große Verantwortung. Mit Ihrer Stimme am 24. September entscheiden Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, ob es mit dem Schutz unserer Lebensgrundlagen vorwärts geht.

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit und nahezu alle Bereiche unseres heutigen Lebens hängen mit ihm zusammen. Die Bereiche Energie - und wie wir diese nutzen -, unsere Art der Mobilität und die Landwirtschaft stehen vor einem Umbruch, wenn die deutschen Kohlenstoffdioxid-Emissionen signifikant sinken sollen. Greenpeace hat daher für diese Schlüsselthemen Studien erstellt und legt mit „Verkehrswende für Deutschland“, dem „Kursbuch Agrarwende 2050“ und „Klimaschutz durch Kohleausstieg“ Pläne für, Verkehrs- und Agrar- und Energiewende vor.

Welchen Weg Deutschland in Sachen Umwelt- und Klimaschutz – und damit für den Schutz unserer Lebensgrundlagen – beschreiten soll, entscheidet sich bei der Bundestagswahl am 24. September 2017. Wir wollten daher von den Braunschweiger Spitzenkandidaten und -kandidatinnen wissen, wie sie zu den wichtigsten Themen im Bereich Umweltpolitik stehen und stellten daher im Wahljahr 2017 17 Fragen aus den Bereichen Energie und Klima, Mobilität, Landwirtschaft und Wirtschaft.

Bei der Auswahl der angeschriebenen Spitzenkandidaten und -kandidatinnen haben wir uns an den sechs - nach aktuellen Umfragen – in den Bundestag einziehenden Parteien orientiert: CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Die Antworten der Parteien sind auf den folgenden Seiten nach Kategorie und absteigend nach dem Wahlergebnis der entsprechenden Partei bei der letzten Bundestagswahl präsentiert.

Befragt wurden Carsten Müller (CDU), Dr. Carola Reimann (SPD), Cihane Gürtas-Yildirim (Die Linke), Juliane Krause (B'90/Grüne), Ingo Schramm (FDP) und Mirco Hanker (AfD).

Energie und Klima



Energie und Klima

#1 Deutschland hat sich zur Senkung seiner CO₂-Emissionen verpflichtet. Stattdessen sind diese zuletzt angestiegen. Die hohen Emissionswerte sind nicht zuletzt Folge der Kohleverstromung. Sind Sie für den Ausstieg aus der Kohleenergie und bis wann soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gegangen sein?

Eher ja	Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden. Mit der Einleitung der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien hat Deutschland hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet und Alternativen zu den fossilen Energien aufgezeigt.	CDU
Ja	Die SPD steht zu dem Ziel, den Ausstoß von CO ₂ im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken. Wir werden die Kohleverstromung deshalb Schritt für Schritt reduzieren. Dabei werden wir den Kohleausstieg sowohl klimafreundlich als auch sozialverträglich gestalten.	SPD
Ja	Das letzte Kohlekraftwerk muss spätestens 2035 vom Netz gehen.	Die Linke
Ja	Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke sollen sofort abgeschaltet werden. Im Rahmen eines Kohleausstiegsplans inkl. struktureller Hilfen für die Regionen soll das letzte Kohlekraftwerk spätestens 2030 vom Netz gehen.	B'90/Grüne
Eher ja	Die Blue Energy bietet große Möglichkeiten für Deutschland mit regenerativen Energien einen Beitrag für die regenerative Stromgewinnung zu leisten. Meiner Ansicht werden die Kohlekraftwerke auf mittlere Sicht dadurch vom Netz genommen. Es ist allerdings auch ein Europäisches Stromnetz anzustreben. Hier ist die Frage ist ein neues Deutsches Kohlekraftwerk mit allen Umweltauflagen nicht besser als ein altes Bulgarisches, darum lässt sich die Frage nicht so leicht mit einer Jahreszahl beantworten.	FDP
Eher ja	Zunächst einmal sollten die laufenden Kraftwerke mit den besten Filtern laufen. Problematisch ist, dass man die Kohlemeiler nicht einfach planlos abschalten kann - ohne die Stromversorgung und zehntausende Jobs in den Revieren und Kraftwerken zu gefährden. Die Debatte findet im Spannungsfeld von Klimaschutz, Strukturwandel und Versorgungssicherheit statt und diese Themen haben Auswirkungen auf den Kohleausstieg.	AfD

#2 Die Verbrennung von Braunkohle steuert einen erheblichen Anteil zu den deutschen CO₂-Emissionen bei und macht die Renaturierung ganzer Landstriche erforderlich. Sollte der Abbau und die Verstromung von Braunkohle schnellstmöglich und noch vor einem eigentlichen Kohleausstieg gestoppt werden?

Eher ja	Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden. Mit der Einleitung der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien hat Deutschland hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet und Alternativen zu den fossilen Energien aufgezeigt.	CDU
Nein	Wir werden entsprechend des Strommarktgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes nach und nach Braunkohlekraftwerke vom Netz nehmen. Neue Braunkohletagebauegebiete werden nach derzeitigem Stand nicht ausgeschrieben, so dass wir lediglich die bestehenden noch ausschöpfen werden. Braunkohlekraftwerke sollen schrittweise in die Sicherheitsbereitschaft überführt werden. Das bedeutet, dass die Kraftwerke vorläufig stillgelegt und nach jeweils vier Jahren in der Sicherheitsbereitschaft endgültig stillgelegt werden. Im Jahr 2023 soll die Sicherheitsbereitschaft also vollständig aufgelöst sein.	SPD
Eher ja	DIE LINKE fordert einen schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung der zudem arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch zu begleiten ist. Dabei sind insbesondere Interessenvertreterinnen und -vertreter der Beschäftigten vor Ort und der Region wirksam einzubinden.	Die Linke
Ja	Wir setzen uns für den sofortigen Stopp der Braunkohleförderung ein und wollen keine neuen Tagebaue mehr zulassen.	B'90/Grüne
Nein	Nein, wenn die Braunkohle abgebaut ist sollte Sie möglichst vor Ort verstromt werden. Lange Transportwege verbessern gar nichts, Sie führen nur zu einer Verschlechterung der Ökobilanz. Das wäre einfach „den Müll in Nachbars Garten“ abladen.	FDP
Eher nein	Im Grunde und im Interesse der Umwelt ja. Aber angesichts der geplanten E-Mobilisierung des Landes ist vermutlich der Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken notwendig – wenn auch nicht die beste Wahl.	AfD

#3 Soll Deutschland wie geplant am Atomausstieg festhalten und darüber hinaus nicht nur Kraftwerke, sondern auch Anlagen zur Anreicherung von Kernbrennstoffen und andere mit der Atomindustrie verbundenen Zweige stilllegen?

Eher Ja	Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie zur Energieerzeugung war richtig und wird von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen. Wir haben damit eine jahrzehntelange Debatte zu einem versöhnlichen Abschluss gebracht und werden den Ausstieg wie vorgesehen bis 2023 abgeschlossen haben.	CDU
Eher ja	2022 geht das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz. Eine weitere Nutzung von Atomkraft ist unverantwortlich und eine Laufzeitverlängerung für die SPD indiskutabel. Alle anderen mit der Atomindustrie verbundenen Zweige werden geprüft.	SPD
Ja	Neben dem Atomausstieg fordern wir, ein Verbot der „friedlichen“ wie militärischen Nutzung der Atomenergie im Grundgesetz zu verankern - für einen wirklichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft müssen auch die Urananreicherung in Gronau und die Fertigung atomarer Brennelemente in Lingen umgehend beendet werden.	Die Linke
Ja	Wir Grüne wollen die Urananreicherung in Gronau und die Brennelemente-Fabrik in Lingen schließen, um so die gesamte atomare Lieferkette zu zerschneiden.	B'90/Grüne
Ja	Den Atomausstieg will niemand zurückdrehen.	FDP
Eher nein	Eher sollte an neuen Atom-Techniken wie z.B. dem Fusionsreaktor geforscht werden. Die sichersten Reaktoren kamen in der Vergangenheit aus Deutschland, das wurde jetzt gefährdet.	AfD

#4 Bezieht Ihr lokales Parteibüro reinen Ökostrom?

Nein	Nicht ausschließlich. Es wurde sich seinerzeit für das Produkt "Eintracht-Strom" von BS Energy entschieden, der zu fast 46 Prozent aus erneuerbaren Energien und überwiegend aus Braunschweiger KWK-Anlagen stammt.	CDU
Ja	Wir beziehen in unserem Wahlkreisbüro Ökostrom.	SPD
Nein	Wir beziehen unseren Strom von einem lokalen Energieversorger. Wir setzen uns dafür ein, dass der lokale Energieversorger so rasch wie möglich auf erneuerbare Energien umstellt.	Die Linke
Ja	Wir sind seit nunmehr fünf Jahren Kunde bei Greenpeace Energy.	B'90/Grüne
Nein	Das lokale Parteibüro im Rebenring 31 bezieht Standard Strom von BS Energy, also regionalen Strom.	FDP
Keine Angabe	Keine Ahnung, da sich die Geschäftsstelle in den Räumlichkeiten der Stadt BS befindet. Ein Parteibüro haben wir – aufgrund der zahlreichen Angriffe in der Vergangenheit – nicht.	AfD

Mobilität



Mobilität

#5 Wollen Sie andere Verkehrsmittel, wie das Fahrrad oder den ÖPNV, gegenüber dem Individualverkehr mit dem eigenen PKW fördern?

Ja	Wir wollen den Fahrradverkehr und den Radwegebau weiter fördern. Wir starten ein Programm zur Förderung von Radschnellwegen, die unabhängig von vorhandenen Bundesstraßen verlaufen. Es gilt für uns: Individuelle Mobilität muss genauso verfügbar sein wie die Nutzung des ÖPNV oder der Bahn.	CDU
Ja	Die SPD will die Infrastruktur für den Fahrradverkehr verbessern. Dazu gehören mehr innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege. Der ÖPNV rückt zudem in den Mittelpunkt als weitere Säule für eine saubere Luft. Wir verbessern die Attraktivität des ÖPNV in den Städten und Gemeinden und im ländlichen Raum.	SPD
Ja	Der massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist der zentrale Hebel zur Umsetzung der Mobilitätswende - wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel und treten für eine intelligente Vernetzung der Mobilität zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn (Umweltverbund) sowie mit Leihautos (CarSharing) ein.	Die Linke
Ja	Wir setzen uns für den Ausbau des ÖPNV ein und wollen mehr Platz für Fahrräder. Wir fordern einen deutschlandweiten MobilPass, mit dem sämtliche Angebote bestehenden öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing abrufbar sein sollen.	B'90/Grüne
Eher ja	Die FDP möchte die Forschung alternativer Antriebsysteme fördern. Es sollen auch mehr Mittel für den Schienenverkehr zu Verfügung gestellt werden.	FDP
Eher ja	Gesund und schnell in der Stadt unterwegs zu sein, sind echte Vorteile. Darüber hinaus machen Pedelecs Spaß und sind auf Kurzstrecke eine echte Alternative in der Stadt.	AfD

Mobilität

#6 Verschiedene Länder, zuletzt Großbritannien, beschließen das Ende des Verbrennungsmotors. Unterstützen Sie die Forderung, dass auch in Deutschland ein Ende der Zulassung erfolgen soll und wenn ja, ab wann soll dies der Fall sein?

Eher ja	Meines Erachtens braucht es kein Beschluss zum Ende des Verbrennungsmotors. Sein Ende wird automatisch dann gekommen sein, wenn alternative Antriebe praktikabel und bezahlbar sind, vom Kunden angenommen werden und sich durchgesetzt haben. Das ist heute noch nicht absehbar.	CDU
Ja	Deutschland braucht eine Verkehrswende. Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland digital, schadstofffrei, barrierefrei und sicher zu gestalten.	SPD
Ja	Wir unterstützen den Vorschlag des Bundesrats, ab 2030 nur noch Pkw ohne CO ₂ -Emissionen zuzulassen.	Die Linke
Ja	Unser Ziel ist: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden.	B'90/Grüne
Nein	Verbote können kein Politikmittel sein, was man immer wieder einsetzt. Die alternativen Systeme müssen im Wettbewerb bestehen. Sie werden das auch. Es ist wichtig, dass man keine Verkehrsmittel gegeneinander ausspielt. Mobilität darf nicht stärker zu einer sozialen Frage werden.	FDP
Nein	Ein Ende halte ich für problematisch und auch nicht für zielführend. Wir müssen allerdings alles dafür tun, dass die technisch möglichen Abgasreduktionen auch umgesetzt werden und nicht der Rendite-Gier zum Opfer fallen und damit zu Lasten der Menschen und der Umwelt Profit gemacht wird. Mobilität kostet. Die Skandale der letzten Zeit könnten aber immerhin zu einer schnellen Veränderung in der Industrie und beim Verbraucher führen.	AfD

#7 Mit welchem Verkehrsmittel kommen Sie täglich zur Arbeit?

CDU

Wenn ich in Braunschweig bin, nutze ich gerne die vielen Fahrradwege, auch um zur Arbeit zu radeln. Aufgrund der vielen Termine bin ich aber auch oft mit meinem Lupo unterwegs. Nach Berlin fahre ich mit dem Zug.



SPD

Zu Fuß.



Die Linke

Mit dem Fahrrad oder zu Fuß.

B'90/Grüne

Mit meinem Fahrrad.



FDP



AfD

Landwirt- schaft



#8 Die Haltungsbedingungen in deutschen Ställen stoßen auf breite Ablehnung in der Bevölkerung. Sollte die Gesamtzahl der Tiere und die Zahl der Tiere pro Fläche zugunsten von Tier- und Umweltschutz deutlich reduziert werden?

Eher ja	Wir werden die Tierhaltung kontinuierlich weiterentwickeln. Unser Ziel sind Lösungen, die das Wohl der Tiere in der gesamten Breite weiter verbessern. Dafür ist eine nationale Nutztierstrategie notwendig. Bauern sollen zudem ihre Ställe ohne große Hürden tierfreundlich umbauen können. Stallneu- und -umbauten mit hohen Tierschutzstandards werden wir verstärkt unterstützen.	CDU
Ja	Wir wollen langfristig zurück zur flächengebundenen Tierhaltung, um unser Ökosystem nicht zu überlasten. Wir werden eine nationale und europäische Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, das die Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt.	SPD
Ja	Wir wollen Bestandsobergrenzen für Nutztiere am Standort und in der Region einführen.	Die Linke
Ja	Tierhaltung muss an die Fläche gekoppelt, industrielle Massentierhaltung in tier- und umweltgerechte Haltung umgebaut werden. Wir wollen die Zahl der Nutztiere in Deutschland reduzieren, um mehr Tier- und Umweltschutz zu erreichen.	B'90/Grüne
Nein	Eine Begrenzung der Tiere ist nicht sinnvoll vor allem nicht als Deutscher Alleingang. Hier ist die Aufklärung des Verbrauchers notwendig. Offensichtlich ist es schwer den Verbraucher mit Tierwohl zu überzeugen. Zwangsmaßnahmen gefährden das Tierwohl, wenn sie nicht auf europäischer Initiative werden. Es gibt ein gutes Angebot an Fleischwaren von regionalen verantwortungsbewussten Erzeugern auf den Wochenmärkten, aber der Verbraucher stimmt zum Schluss mit dem Einkauf auch über das Tierwohl ab.	FDP
Eher ja	Gerne. Zumindest muss es zu einer artgerechten Haltung kommen und sich der Respekt vor den Tieren, von denen wir uns schließlich ernähren, zum Ausdruck kommen. Die AfD setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind fühlende Mitgeschöpfe und sollten entsprechend behandelt werden.	AfD

Landwirtschaft

#9 Sollte es für Fleisch und andere Tierprodukte – wie bereits bei Eiern – eine verbindliche, leicht verständliche Haltungskennzeichnung geben?

Ja	Die Verbraucher möchten heute zurecht wissen, woher ihre Lebensmittel kommen. Regionale Lebensmittel und Lebensmittel aus Deutschland genießen beim Verbraucher einen sehr guten Ruf. Wir setzen uns deshalb auf EU-Ebene für eine Ausweitung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung ein, auch auf Fleisch in verarbeiteten Erzeugnissen und auf Flüssigei in Fertigprodukten. Zudem wollen wir die Regionalkennzeichnung verbessern und das bereits existierende „Regionalfenster“ noch bekannter machen.	CDU
Ja	Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein staatliches Tierschutzlabel auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen.	SPD
Ja	Wir wollen den Verbraucherschutz stärken. Verarbeitungsindustrie und Handel müssen sich an den Mehrkosten für eine faire, ökologische und artgerechte Tierhaltung beteiligen.	Die Linke
Ja	Wir wollen eine verpflichtende Kennzeichnung für tierische Produkte, analog zur Eierkennzeichnung, so dass Verbraucher über Herkunft und Art der Tierhaltung informiert werden.	B'90/Grüne
Ja	Ja.	FDP
Ja	Leicht verständlich und verbindlich – im Interesse des Tierschutzes und zum Wohle des Verbrauchers.	AfD

#10 Sind Sie dafür, den Einsatz so genannter Reserveantibiotika in der Tiermast zu untersagen und den Einsatz ausschließlich auf die Anwendung beim Menschen zu beschränken?

Eher ja	Wir wollen den Antibiotikaeinsatz so weit wie möglich verringern. Dabei sind wir schon wichtige Schritte gegangen. Die abgegebenen Mengen sind in der Tierhaltung seit 2011 um mehr als die Hälfte gesunken. Wir streben eine europaweite Regelung mit der strikten Verringerung des Einsatzes von so genannten Reserveantibiotika an und wollen finanzielle Fehlanreize abschaffen. Erfolgreich gegen Antibiotikaresistenzen vorgehen können wir nur, wenn Veterinär- und Humanmedizin eng zusammenarbeiten.	CDU
Nein	Die SPD steht einem grundsätzlichen Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika ablehnend gegenüber. Eine Behandlung von erkrankten Tieren muss in jedem Fall mit der notwendigen Medikation möglich sein. Nur gesunde Nutztiere liefern gesunde Lebensmittel. Das ist nicht in erster Linie eine Frage des Tierschutzes, sondern vor allem des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.	SPD
Ja	Durch eine integrierte tierärztliche Bestandsbetreuung sollen präventive Maßnahmen ausgebaut und der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung spürbar reduziert werden. Die Wirkstoffe für die Human- und die Veterinärmedizin sind konsequenter zu trennen.	Die Linke
Ja	Reserveantibiotika haben in unseren Ställen nichts zu suchen – sie sollten der Humanmedizin vorbehalten werden. Wir fordern das Arzneimittelgesetz zu ändern, damit der Einsatz von Reserveantibiotika bei Tieren nur noch in klar erkennbaren Ausnahmefällen möglich ist.	B'90/Grüne
Eher nein	Nein, aber ich bin für eine Kennzeichnungspflicht.	FDP
Ja	Für die Humanmedizin wichtige Antibiotika dürfen in der Tierhaltung nicht verwendet werden.	AfD

#11 Sollte der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen weiterhin untersagt bleiben?

Eher ja	Wir stehen zur europäischen Opt out-Richtlinie: Diese ermöglicht den Mitgliedstaaten, in ihrem Hoheitsgebiet den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen unter bestimmten Voraussetzungen zu verbieten. Wir wollen das nationale Anbauverbot rechtssicher umsetzen.	CDU
Ja	Die SPD lehnt wie die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gentechnisch veränderte Pflanzen ab. Deshalb werden wir uns weiterhin konsequent dafür einsetzen, dass unsere Landwirtschaft gentechnikfrei bleibt. Die SPD setzt sich mit Nachdruck für eine gesetzliche Regelung ein, damit wir den Anbau von Gentechnik-Pflanzen in ganz Deutschland flächendeckend, einfach und unbürokratisch verbieten können.	SPD
Ja	Wir lehnen Agro-Gentechnik seit langem ab und wollen die Aussaat und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland sowie deren Handel verbieten.	Die Linke
Ja	Mit uns gibt es gutes Essen ohne Gift und Gentechnik. Wir halten an unserem Standpunkt fest: Pflanzen aus den Laboren der Agroindustrie haben auf unseren Äckern in Deutschland und Europa nichts verloren. Wir fordern eine ressourcenerhaltende Landwirtschaft ohne Gentechnik.	B'90/Grüne
Eher ja	Hier muss eine europäische Lösung gefunden werden.	FDP
Eher ja	Der Einsatz in Medizintechnik und Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung durch benannte Stellen in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Es bedarf unbedingt einer vorherigen praktischen Erprobung in abgeschlossener Umgebung.	AfD

Landwirtschaft

#12 Frankreich hat Supermärkten das Wegschmeißen von Lebensmitteln verboten. Sind Sie dafür, Maßnahmen durchzusetzen, die die Verschwendung von Lebensmitteln verhindern, zum Beispiel strengere Regeln für den Handel oder die Abschaffung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD)?

Eher ja	Gemeinsam mit den Akteuren in der Lebensmittelkette werden wir eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung erarbeiten. Dabei werden wir auf mehr Auswahl bei den Packungsgrößen hinwirken. Zudem fordern wir eine Überprüfung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD) auf europäischer Ebene und dessen Abschaffung für dauerhaft haltbare Lebensmittel. In diesem Zusammenhang werden wir auch diskutieren, inwieweit das MHD um ein Verbraucherverfallsdatum ergänzt werden könnte, an dem sich mögliche Haftungsansprüche orientieren.	CDU
Ja	Von der Erzeugung über Verarbeitung und Handel bis zum Verbrauch werden viele noch genießbare Lebensmittel weggeworfen. Dieser Umgang mit wertvollen Ressourcen ist ethisch inakzeptabel und trägt global zu Hunger bei. Wir wollen Lebensmittelverluste deshalb auf allen Stufen der Wertschöpfungskette auf das absolute Minimum reduzieren. Dafür werden wir eine nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung mit konkreten Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen erarbeiten und umsetzen.	SPD
Ja	Wir wollen verbindliche Vorgaben für die Reduktion der Lebensmittelverschwendung und setzen uns für die Stärkung der regionalen, sozial fairen und ökologischen Produktion und Vermarktung ein.	Die Linke
Ja	Wir wollen, dass genießbare Lebensmittel auf dem Teller landen und nicht in der Tonne. Wir wollen verbindliche Reduktionsziele bei der Lebensmittelverschwendung. Um diese Ziele zu erreichen, sind alle gefragt: vom Handel über die Industrie und Gastronomie bis zu den Verbraucher*innen. Deshalb wollen wir Supermärkte ab einer gewissen Größe dazu verpflichten, nicht verkaufte, aber noch gute Lebensmittel kostenlos und offen für alle Menschen zur Verfügung zu stellen. Dabei soll sichergestellt werden, dass dies nicht zur Müllentsorgung missbraucht wird. Menschen, die Lebensmittel aus dem Müll retten, sollen nicht bestraft werden.	B'90/Grüne
Eher ja	Das Wegwerfen von Lebensmitteln ist eine Unsitte, Frankreich kann da durchaus als Vorbild dienen. Auch hier ist auf den mündigen Verbraucher zu setzen. Projekte, wie kochen mit Resten sind da sicher auch gute Beispiele, um Lebensmittel sinnhaft zu verwenden.	FDP
Eher ja	Das MHD wird oft als Enddatum missverstanden. Da scheint eine bessere Kommunikation nötig zu sein – deswegen möchte ich das nicht abschaffen. Strengere Regeln für den Handel erachte ich dann als notwendig, wenn Untersuchungen und Stichproben ergeben, dass mit den Lebensmitteln trotz des gesellschaftlichen Wunsches nach einem ökologischen und sozial vertretbaren Umgang nicht achtsam, sondern verschwenderisch umgegangen wird.	AfD

Wirtschaft



#13 Soll sich Deutschland in der EU gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder Jefta stellen?

Nein	Freier Handel, der den Anliegen der Menschen und der Umwelt Rechnung trägt, ermöglicht mehr Wohlstand für alle. Wir bekennen uns deshalb zur internationalen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen. Dabei ist es uns wichtig, in Handelsverträgen Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz Geltung zu verschaffen. Handelsverträge können ein Hebel sein, um auch die Lage der Menschen in den entsprechenden Partnerstaaten zu verbessern.	CDU
Eher nein	Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.	SPD
Ja	Wir wollen TTIP, CETA, TiSA, Jefta und vergleichbare Freihandelsabkommen mit Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik stoppen und setzen uns für eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen weltweit ein.	Die Linke
Ja	TTIP, CETA & JEFTA machen Umweltstandards und Rechte der BürgerInnen zur Verhandlungsmasse. Wir lehnen sie darum in ihrer jetzigen Form ab.	B'90/Grüne
Nein	Nein, sondern diese auf Augenhöhe mit den Verhandlungspartnern aushandeln. Freihandel ist per se nichts Schlechtes und kann alle Menschen voran bringen.	FDP
Ja	Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeutung müssen der deutschen Souveränität Rechnung tragen. Es gilt, deutsche Sozial-, Industrie- und Umweltstandards zu berücksichtigen: Der intransparente und undemokratische Versuch, diese „bilateral“ zwischen Europa und den USA beispielsweise abzuräumen, ist deutlich im Interesse der Bürger, Verbraucher und Steuerzahler abzulehnen.	AfD

#14 Schiedsgerichte sind eines der umstrittensten Instrumente in Freihandelsabkommen. Halten Sie den Einsatz dieser Gerichte und somit einseitige Klagen von Unternehmen gegen Staaten für gerechtfertigt?

Eher ja	Investitionsschutz garantiert Unternehmen, die im Ausland investieren wollen, dass dort gerecht und gleichberechtigt mit den Investitionen der nationalen Unternehmen behandelt werden. Das schafft Rechtssicherheit und Berechenbarkeit, gerade auch für kleinere und mittelständische Unternehmen. Bei der Ausgestaltung von Schiedsgerichten muss sichergestellt sein, dass die demokratisch legitimierten Akteure nicht in ihrer Handlungs- und Gestaltungsfreiheit eingeschränkt werden, die Regulierungshoheit der Staaten unangetastet bleibt und die ordentliche Gerichtsbarkeit nicht untergraben wird.	CDU
Eher nein	Wir wollen einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren. In intensiven Verhandlungen mit der kanadischen Regierung ist es gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) zukunftsweisende Regeln für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten.	SPD
Nein	DIE LINKE wird keinem Freihandels- und Investitionsabkommen zustimmen.	Die Linke
Nein	Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen, vor dem auch Betroffene gegen Investoren klagen können. Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten.	B'90/Grüne
Eher ja	Grundsätzlich sind Schiedsgerichte nichts schlechtes, wenn sie klar geregelt sind. Die Alternativen zu den Schiedsgerichten sind, nicht besser.	FDP
Nein	Private Schiedsgerichte sind intransparent, undemokratisch und damit nicht vom Bürger, sondern von wenigen interessen- und lobbygesteuerten Politikern „legitimiert“. Diese entscheiden oft in Milliardenhöhe zum Nachteil der Steuerzahler und im Interesse der Groß-Industrie. Jede Übertragung von Hoheits- oder Souveränitätsrechten auf diese Pseudo-Gerichte ist als Angriff auf unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzulehnen.	AfD

#15 Werden Sie sich verstärkt für den Abbau klimaschädlicher Subventionen einsetzen, zum Beispiel in den Bereichen Flugverkehr, Diesel -Kraftstoff oder Kohle?

Eher nein	<p>Das ist im jeweiligen Einzelfall zu sehen. Unter Klimaschutzgesichtspunkten ist Dieseldieselkraftstoff weniger bedenklich als Benzin. Zudem werden Dieselfahrzeuge nur auf den ersten Blick privilegiert: Während zwar die Energiesteuer geringer ist, wird zum Ausgleich ein höherer Kfz-Steuersatz fällig.</p> <p>Die Besteuerung von Kerosin muss international betrachtet werden, um eine alleinige Belastung deutscher Airlines zu vermeiden. Wir befürworten die Einbindung des Flugverkehrs in ein offenes, globales Anreizsystem zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.</p>	CDU
Ja	<p>Zur Erreichung unserer Klimaziele werden wir umweltschädliche und wettbewerbsverzerrende Subventionen sorgfältig prüfen. Der Luftverkehr beispielsweise hat eine erhebliche Verantwortung zur Erreichung der 2015 in Paris beschlossenen internationalen Klimaziele. Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und Antriebe für Flugzeuge wollen wir weitervoranbringen.</p>	SPD
Ja	<p>Die Subventionierung des Flugverkehrs muss beendet werden. Wir wollen auch die steuerliche Privilegierung für Diesel bei der Mineralölsteuer gegenüber Benzin abbauen, denn sie ist nicht sachgerecht.</p>	Die Linke
Ja	<p>Durch den konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen tun wir schließlich nicht nur etwas für das Klima, sondern schaffen auch weitere Haushaltsspielräume für dringend notwendige Investitionen.</p>	B'90/Grüne
Eher ja	<p>Subventionen verzerren Märkte von daher ist es wünschenswert Subventionen grundsätzlich zurückzufahren.</p>	FDP
Eher ja	<p><i>Keine schriftliche Ausführung.</i></p>	AfD

#16 Sollte sich Deutschland verstärkt in die Finanzierung von Projekten einbringen, die Klimaschutz in Entwicklungsländern verbessern oder ermöglichen?

Eher ja	Klimaschutz und Entwicklungspolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Finanzierung von Maßnahmen zu unterstützen, die zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beitragen. Deutschland hat seine Beiträge zur Klimafinanzierung in den vergangenen Jahren bereits erheblich gesteigert und wird sich auch weiterhin entsprechend engagieren.	CDU
Ja	Wir unterstützen Projekte, die Klimaschutz in Entwicklungsländern verbessern oder ermöglichen. Die Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden.	SPD
Ja	Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und sich selbstverständlich am Gedanken der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden.	Die Linke
Ja	Den Rahmen für unsere Politik der globalen Verantwortung bilden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz. Wir sehen uns in der Pflicht die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen.	B'90/Grüne
Ja	Ja, Klimafreundlichkeit muss ein Faktor bei der Vergabe von Entwicklungshilfe sein.	FDP
Ja	Eine menschliche Ursache des Klimawandels ist umstritten, dennoch könnten derartige Projekte auch in Entwicklungsländern gefördert werden. Aufforstungs- oder präventive Schutzprojekte wie das von Ecuador wären perfekt: Im Yasuní-Naturpark sollten Ölbohrungen zugelassen werden. Ein internationales Abkommen zum Schutz des Gebiets scheiterte wegen fehlender Finanzhilfen. Ecuador wollte das Ölfeld unberührt lassen, falls die internationale Gemeinschaft dem Land 3,6 Mrd. Dollar zahlt, doch unsere neoliberalen Politiker konnten sich nicht zum Schutz und zur Beschreitung dieses neuen Weges im Naturschutz durchringen!	AfD

#17 Sind die Printmedien, die Sie im lokalen Wahlkampf einsetzen, auf Recyclingpapier gedruckt?

Keine Angabe	Für einen Teil der Materialien gilt dies. Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Druckerzeugnisse kann jedoch nicht mit vollständiger Sicherheit erklärt werden, welche auf Recyclingpapier gedruckt wurden.	CDU
Nein	Nein.	SPD
Ja	Darauf achten wir sehr konsequent seit vielen Jahren.	Die Linke
Ja	Unsere Printmedien werden nur bei zertifizierten Umweltdruckereien produziert. Soweit möglich lassen wir in Niedersachsen und der Region drucken, um zusätzlich den CO ₂ Footprint durch den Transport zu reduzieren.	B'90/Grüne
Nein	Bei der Vergabe des Flyer-Auftrags haben wir nicht explizit darauf geachtet, verzichten aber auf die gedruckte Version des vollständigen Wahlprogramms (bis auf 10 Exemplare gedruckt). Der Erfahrung nach Informieren sich 99 Prozent der Menschen im Internet.	FDP
Eher ja	<i>Keine schriftliche Ausführung.</i>	AfD

Impressum

Greenpeace Braunschweig

Umweltzentrum

Hagenbrücke 1-2

38100 Braunschweig

V.i.S.d.P. Dennis Zellmann

info@braunschweig.greenpeace.de

www.braunschweig.greenpeace.de

Foto

S. 1 Britta Buchholz © Greenpeace

Stand

September 2017

#DeinPlanetDeineWahl

Die Forderungen von Greenpeace zur Bundestagswahl 2017 finden Sie im Internet unter www.greenpeace.de/politische-vertretung

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Rund 580.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Greenpeace hat ebenfalls die Bundesparteien zu den wichtigsten Themen unseres Planeten befragt. Den bundesweiten Wahlkompass finden Sie unter

www.greenpeace.de/wahlkompass2017